



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Willkommenskultur in Bayern: Sachgerechte rechtliche Information der Flüchtlinge

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Ausländerbehörden anzuweisen, Asylbewerberinnen und Asylbewerber über neue gesetzliche Änderungen – wie beispielsweise über die Abschaffung der Residenzpflicht oder Erleichterungen bei der Arbeitsaufnahme – sachgerecht und zeitnah zu informieren.

Begründung:

Einige Ausländerbehörden haben die Asylsuchenden in den jeweiligen Landkreisen über die Abschaffung der Residenzpflicht und die Erleichterungen bei der Arbeitsaufnahme persönlich informiert. Andere Ausländerbehörden verlangen dagegen jedoch immer noch Anträge zur Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen des jeweiligen Bezirks, da angeblich keine Ausführungsanweisungen zur Abschaffung der Residenzpflicht vorlägen.

Es ist aber in unserem Interesse, dass beschlossene Verbesserungen im Asylrecht überall zeitnah und sachgerecht umgesetzt werden. Es gehört zu unserem Verständnis von Willkommenskultur in Bayern, dass Asylsuchende rechtzeitig über wichtige sie betreffende rechtliche Veränderungen informiert werden.